

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 44 / 42. Jg.

1. Nov. 1929

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit Graph. Technik 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Westpostvereins 1.- Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Redaktions-
schluß: Montag. Fernruf: B 2, Lützow 5583.
Verlag: Johannes Hoff, Berlin W 9. — Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schindlers-Leipzig, Augustastr. 6-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsschilder sowie Verbandszeilen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schindlers-Leipzig, Augustastr. 6-9.

Schützt die freie Gewerkschaftseinheit.

Die organisatorische Einheit und die Geschlossenheit ist die erste Voraussetzung jeglicher gewerkschaftlicher Arbeit zur Erringung eines größeren Anteils am Sozialprodukt. Wäre nicht die Zersplitterung in freie, christliche und Hirsch-Dunkersche Gewerkschaften, ganz abgesehen von den gelben Gebilden, die sich ebenfalls Gewerkschaften nennen, wäre sicher schon manches mehr erreicht worden. Das einzusehen, erfordert wirklich keine langen Überlegungen. Man braucht sich ja auch nur das Tun der Unternehmer anzusehen, um sofort darüber im klaren zu sein, daß Zersplitterung der Arbeiterreihen zugleich Schwächung ist. Wo sind denn die wirtschaftlichen Unternehmerverbände, die aus politischen oder religiösen Motiven sich von ihren Klassengenossen abgesondert haben? So etwas gibt es nicht, weil die Unternehmer wissen, daß ihre wirtschaftlichen Interessen nur mit Erfolg vertreten werden können, wenn sie einig und geschlossen dem Gegner gegenüberstehen!

Die Tatsache, daß nur die gewerkschaftliche Einheit und Geschlossenheit der Kollegenschaft dem Unternehmertum Zugeständnisse abringen kann, beweist die Verbandsgeschichte hundertfältig. Wie möchte es wohl in den Betrieben im Zeichen dieser Krise aussehen, wenn die Unternehmer die Gewißheit hätten, eine zersplitterte, uneinige Kollegenschaft vor sich zu haben. Wir brauchen nur die Zustände in den Betrieben zur Zeit der Gründung des Verbandes zu betrachten, um ganz im Bilde darüber zu sein, was der Kollegenschaft blühen würde, wenn sie sich Uneinigkeit und Zerrissenheit leisten wollte. Aus den Tarifverhandlungen und sonstigen Auseinandersetzungen mit den Unternehmern weiß jeder Kollege, daß der feste Zusammenschluß im Verbandsbau Bollwerk aller reaktionären Unternehmerbestrebungen ist. Ginge die gewerkschaftliche Einheit und Geschlossenheit der Kollegenschaft einmal in die Brüche, wäre hundert gegen eins zu werten, daß auch zugleich die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Unternehmerrinne revidiert würden. Und wie es in der Kollegenschaft ginge, ginge es auch allen anderen Arbeitergruppen, wenn ihre gewerkschaftliche Einheit zerschlagen würde. Weil jeder freie Gewerkschafter die Folgen gewerkschaftlicher Zersplitterung kennt, konnten alle Versuche der Unternehmer, einen Keil in die freien Gewerkschaften hinein zu treiben, mit Erfolg abgewehrt werden.

Seit Beendigung des Krieges ist den Unternehmern in ihrem Streben, die freigewerkschaftliche Einheit und Geschlossenheit zu zerschlagen, ein Helfershelfer erwachsen. „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ nennen sich jetzt die sonderbaren Leute, die ihre Anweisungen zur Zerschlagung der Gewerkschaften von der kommunistischen Partei beziehen. Nur notgedrungen haben wir uns mit diesen Reaktionären schon einige Male beschäftigt und sie auf die Finger geklopft. Dazu lag auch aller Anlaß vor!

Die Absicht der Moskauer Drahtzieher, die freien Gewerkschaften zu zerstören, ist unverkennbar. „Die Zerstörung der Gewerkschaftsbürokratie zur Massenaktion zu machen“, war die erste Parole dieser Schädlinge, im Interesse russischer Außenpolitik die freien Gewerkschaften kampfunfähig zu machen. Aber die „dumme Masse“ war klüger als man sie einschätzte. Von geringen Teilen abgesehen, blieben die Arbeiter in ihren Gewerkschaften und ließen die andern über angeblichen Arbeiterverrat sich den Hals wund schreien. Flugs kam eine neue Parole, die die Lösung: heraus aus den Gewerkschaften, für falsch erklärte und die Zersetzungsarbeit in den Gewerkschaften proklamierte; die sogenannte „Gewerkschaftsopposition“ entstand. Aber auch diese Mache zog trotz stärkster Beschimpfung der Gewerkschaften und ihrer Führer nicht. Zur Abwechslung wurde die sogenannte Weimarer Konferenz mit der offenen Absicht der Spaltung der Gewerkschaften nach Erfurt berufen. Tomski, der verflissene König kommunistischer Gewerkschaftsweisheit meinte damals, man müsse „einen dicken, schwarzen Strich durch die deutschen Gewerkschaften machen“. Die kommunistischen Strategen gewerkschaftlicher Ahnungslosigkeit hätten diesen dicken, schwarzen Strich auch durch die deutschen freien Gewerkschaften gezogen, wenn — ja wenn sie Tinte dazu gehabt hätten. Was aus der Strichzieherei für die deutschen Arbeiter herausgekommen wäre, kann man in der Tschechoslowakei erfragen: Die Tinte längte nur für Tomski. Er wurde von der Liste der erlauchten Kommunistenhüter gestrichen und geriet bei einer der beliebten Reinigungen in den Müllkasten verbrauchter Kommunistenführer. Das spätere Mühen der „Opposition“, durch Inszenierung von Klamauk die „Verbandsbürokratie“ zu zwingen, die Klamaukbrüder aus den Gewerkschaften hinauszuerwerfen und so einen treibenden Keil der Spaltung zu liefern, war ebenfalls restlos vergeblich. Die Arbeiter selber eben nicht: „Regierung des Mondes“ wenn destruktive Elemente es so wollten. Sie blieben bei ihren Gewerkschaften und dienten damit am meisten sich selbst.

Selbstverständlich brachte dieses Fiasko wieder eine taktische Neuorientierung der Moskauer Heilsapostel „in der Gewerkschaftsfrage“. Aus der „Betrachtung der Lage im Weltmaßstab“ floß wieder einmal alter Saft. Die neue „Linie“ der „revolutionären Gewerkschaftsopposition“ wurde gezogen, die die alte Aufgabe der Zerstörung der Gewerkschaften hatte. Die Opposition aus Prinzip hat wirklich versucht nach Kräften ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Besonders bei den letzten Betriebsrätewahlen, bei denen die kommunistischen Gewerkschaftsalphabeten schon den Sieg in der Tasche hatten, ist an Verleumdung der freien Gewerkschaftsbewegung das Menschenmögliche geleistet worden. Als die Gewerkschaften sich gegen dieses Treiben wehrten und die ständigen

Verletzer der Satzungen und der gefähten Beschlüsse an die Luft setzten, heulte die „revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ wie kleine Buben. Wilde Streiks wurden inszeniert, von denen der unglückliche Rohrlegerstreik mit seinen verhängnisvollen Folgen für die Arbeiterschaft ein Musterbeispiel „revolutionärer“ Gewerkschaftsstrategie ist. Wenn Lüge und Verleumdung erfolgreiche Mittel im Klassenkampf des Proletariats wären, hätten die Kommunisten schon längst die ganze Welt gewonnen.

Trotz Lug und Trug, trotz Beschimpfung und Verleumdung hat es mit der Eroberung der Gewerkschaften durch die „revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ bis heute noch sein. Aber. Also kommt zur Abwechslung wieder das andere Zupferd kommunistischer Kartoffelstrategie aus dem Stall. Ein „Gewerkschaftskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition“ wird für den 30. November und 1. Dezember nach Berlin berufen, um aus der Sackgasse, in die sich die Gewerkschaftszerstörer hineingelogen haben, wieder herauszukommen. Und in einer Sackgasse befinden sich die Moskauer mit ihrer Gewerkschaftspolitik. Das hat der wenig anziehende Zeitgenosse mit dem Namen Losowsky selbst eingestanden, als er die neuen Richtlinien der revolutionären Gewerkschaftsopposition seinen Gläubigen plausibel machen mußte, indem er erleuchtet von sich gab: „Jawohl, unsere Anweisung bedeutet Spaltung. Wir befinden uns in einer Sackgasse, aus der wir nur durch die Spaltung der reformistischen Gewerkschaftsverbände herauskommen können“. Deutlicher kann man es den Gewerkschaften gar nicht sagen, was es mit der „Einberufung eines Gewerkschaftskongresses der revolutionären Gewerkschaftsopposition“ auf sich hat. Spaltung der Gewerkschaften, das ist das Ziel dieser falschen Freunde der Arbeiterbewegung!

Um diesen Reichskongreß zur Spaltung der Gewerkschaften zusammenschieben zu können, werden die auf oppositionellem Boden stehenden Gewerkschaftsorganisationen, die Betriebsbelegschaften, die Betriebsräte und Erwerbslosenausschüsse aufgerufen, die Wahl von Delegierten zu diesem Kongreß vorzunehmen, und die Sammlung zur Finanzierung der Delegationen zu beginnen. Also auch hier werden die Arbeiter als jene Kälber angesehen, die sich ihre eigenen Metzger wählen. Der „dummen Masse“ glaubt man eben jederzeit eine „Regierung des Mondes“ bieten zu können. Es wird höchste Zeit, daß die Arbeiter mit starker Hand diesem Spuk gewerkschaftlicher Hasardeure ein Ende bereiten!

Obwohl in unsern Reihen die „revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ bisher ein Schattendasein geführt hat, gilt es doch, den Gewerkschaftsspaltern recht deutlich zu sagen, wo Bartel den Most holt. Die Erfolge, die der Verband im Kampfe mit dem Unternehmertum für die Kollegen erringen konnte, sind nur auf die Einheit und Geschlossenheit und auf die geübte Solidarität der Kollegen

zurückzuführen. Und weitere Erfolge basieren nur auf dieser Grundlage. Wer deshalb nur das Geringste tut, die Einheit und Geschlossenheit, die Grundlage unseres gewerkschaftlichen Wirkens zu erschüttern, ist ein Feind der Organisation und wird entsprechend behandelt. Die Unterstützung des von den Gewerkschaftsspaltern berufenen Kongresses oder seine Teilnahme an ihm ist eine feindliche Handlung gegen die Organisation, die jede Mitgliedschaft im Verbands auflöst. Wir weisen deshalb die Kollegen besonders darauf hin:

Wer den Spalterkongress unterstützt oder an ihm teilnimmt, stellt sich selbst außerhalb der Reihen der organisierten Kollegen!

Gewerkschaften und Selbstverwaltung.

Die freien Gewerkschaften unterscheiden sich von allen anderen Gewerkschaftsrichtungen durch eine besondere Weltanschauung. Gemeinsam sind die Bestrebungen, für ihre Mitglieder die bestmöglichen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, und die Kämpfe gegen eine Überwucherung kapitalistischer Auswüchse. Was aber trennend bleibt, ist die prinzipielle Einstellung zum Wirtschaftssystem. Die freien Gewerkschaften sind von der Erkenntnis getragen, daß eine gründliche Lösung der sozialen Frage innerhalb der bestehenden Gesellschaft nicht möglich ist, und erstreben deshalb eine Umgestaltung der Wirtschaft.

Der Kapitalismus ist nicht in der Lage, die elementarsten Bedürfnisse breiter Massen zu befriedigen, trotzdem die Produktionsfähigkeit ins ungeheure angewachsen ist. Durch die planlose Produktion kann der ungeheure Wirtschaftskörper weder übersehen noch beherrscht werden. Mächtige Konjunkturschwankungen mit einem wilden Auf und Ab sind das Zeichen der Herrschaftslosigkeit. Nur auf dem Wege dieser Verheerungen, die nicht zuletzt die Arbeiterschaft zu fühlen bekommt, kann die kapitalistische Wirtschaft wieder für einen Augenblick ins Gleichgewicht gebracht werden. Aber der Tanz beginnt sogleich von neuem. Dieses Bewußtsein hebt die freien Gewerkschaften über alle anderen. Das Ziel der besonderen Bestrebungen ist die neue Wirtschaftsordnung, die im Gegensatz zur heutigen auf einer planmäßigen Güterbeschaffung und Verteilung beruht.

Nun hat auch die Vorstellung dieses Zieles eine Wandlung erfahren. In der Epoche der schärfsten Gegnerschaft gegen alles Bestehende, konnte sich eine Verwirklichung nur gedacht werden von dem historischen Augenblick an, der die Arbeiterschaft in den absoluten Besitz der politischen Macht bringt. Dann sei es nur noch ein kurzer Akt, der Wirtschaft ein anderes Gepräge zu geben. Je mehr die Bewegung wuchs, je näher sie der Wirtschaft kam, umso stärker wurde eine andere Erkenntnis, die sagt, daß zwischen der bestehenden und der neuen Wirtschaft eine Übergangszeit liegt, in der die Arbeiterschaft ihre Machtpfänder in das Gebiet der Wirtschaft einpflanzen muß. Die Epoche wird unter dem Zeichen unermüdlicher Arbeit stehen.

Wendepunkt in dieser Einstellung ist der Umsturz 1918. Die Arbeiterschaft, die vor dem Kriege in schärfster Gegnerschaft zum Staate stand, verzögerte sich nicht nur mit der Staatsgewalt, sondern nimmt nun selbst an der Macht teil. Die demokratische Staatsverfassung gab dem Arbeiter die gleichen politischen Rechte, die Standesunterschiede und Bevorrechte wurden beseitigt, der Koalitionsfreiheit die letzten Hindernisse aus dem Wege geräumt.

Eine volle Demokratie ist aber erst dann errungen, wenn auch auf dem ausschlaggebendsten Gesellschaftsgebiet, der Wirtschaft, die Gleichberechtigung erzielt ist. Die freien Gewerkschaften stellen deshalb in zunehmendem Maße die Forderung nach dem Mitbestimmungsrecht für die Arbeitenden in den Vordergrund ihrer wirtschaftspolitischen Bestrebungen. Mitbestimmungsrecht, um gegenüber den Interessen der privaten Wirtschaft die Lebensbedingungen der Allgemeinheit zu vertreten und bewußt auf eine Planwirtschaft hinzuwirken. Voraussetzung für das Gelingen einer solchen Arbeit ist natürlich eine Staatsform, die allen in der Wirtschaft Tätigen volle und gleiche Rechte gewährt.

Das Endziel der von den freien Gewerkschaften geführten Wirtschaftskämpfe ist, und dies im Einklang mit der gesamten Arbeiterbewegung, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Alle gegenwärtigen Teilkämpfe und Teilforderungen füllen nur diesen Raum aus. Diskussionen auf den Gewerkschaftskongressen in Breslau und Hamburg haben dieses Streben in das inzwischen populär gewordene Wort „Wirtschaftsdemokratie“ gekleidet. Neben dem Ausbau der öffentlichen und ge-

nossenschaftlichen Wirtschaft hebt sich die Teilforderung nach Schaffung von wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern heraus.

Selbstverwaltungskörper sind Verbände, die vom Staate die Befugnis erhalten, Verwaltungsfunktionen auszuüben, die sonst nur in das Bereich der Staatsgewalt gehören.

Im Krieg griff der Staat weitgehend in die Wirtschaft ein. Die Abschneidung der Handelsbeziehungen wirkte sich bald in einer Knappheit an Rohstoffen und Lebensmitteln aus. Um eine Katastrophe zu verhüten, griff der Staat mit seinem Verwaltungsapparat in die Wirtschaft ein, und bald gab es keinen Artikel mehr, der nicht unter die Zwangswirtschaft fiel. Da diese Verwaltung nur von bürokratischem Geiste getragen war, mußte die Wirtschaft darunter leiden. Wurde in dieser Zeit der gesamte Produktions- und Verteilungsprozeß durch Gesetze und Polizeiverfügungen aufrecht erhalten, so erstrebte die Selbstverwaltung eine Loslösung von solchen Fesseln. Während die Kriegsnote eine oft unliebsame und unproduktive Umstellung der Wirtschaft erforderte, sollen durch die Selbstverwaltung im Rahmen des öffentlichen Interesses die möglichen Selbstbestimmungsrechte erhalten bleiben. Allerdings darf der Staat nicht ganz aus diesem Prozeß ausgeschaltet werden, denn seine Macht muß immer da eingreifen, wo die Stellung des Kapitals noch so stark ist, um das Interesse der Allgemeinheit zu gefährden. Wenn die Unternehmer nach dem Kriege ebenfalls Selbstverwaltungskörper forderten, so dachten sie nur an ihren alten Grundsatz, daß der Staat aus dem Bereiche der Wirtschaft verschwinden soll.

Die im November 1918 durch die Unternehmer erfolgte Anerkennung der Gewerkschaften als die berufenen Vertreter der Arbeiterschaft bedeutet einen wichtigen Schritt auf dem Wege zur wirtschaftlichen Selbstverwaltung. Mit dieser Anerkennung war der früher so heilige Herr-im-Hause-Standpunkt endgültig beseitigt. Von diesem Augenblicke an müssen sich die Unternehmervorstände wohl oder übel daran gewöhnen, in den Gewerkschaften gleichberechtigte Organisationen zu sehen, deren Wille in wichtigen Schritten der Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht mehr außer Acht gelassen werden kann. In der Staatspolitik wirkt das neue Verhältnis dahin, daß bei wichtigen Verhandlungen, die wirtschaftlichen Charakter tragen, wie z. B. Handelsvertragsverhandlungen, die Gewerkschaften gehört werden.

Mitbestimmend in die Wirtschaft einzudringen wird der Arbeiterschaft erst möglich, wenn der Staat auf gesetzlicher Grundlage die Vorbedingungen schafft. Durch freiwillige Arbeitsgemeinschaften zwischen Unternehmern und Arbeitern, wie sie einige Zeit nach dem Kriege bestanden, kann nichts Einschneidendes errungen werden. Wird auf diesem Wege wirklich ernst an den Grundsätzen der kapitalistischen Wirtschaft gerüttelt, dann zerfallen solche freiwilligen Gemeinschaften. Nur wo eine solche Zusammenarbeit gesetzlich verankert ist und der Staat gewillt, nötigenfalls seine Macht zur Durchführung der Gesetze anzuwenden, werden positive Erfolge sichtbar. Deshalb kann eine Zusammenarbeit von Unternehmern und Arbeitern nur durch Selbstverwaltungskörper geschehen, weil hinter diesen die staatliche Autorität steht.

Was Selbstverwaltung der Wirtschaft als Aufgabengebiet hat, darüber findet man in der Reichsverfassung einige Worte. In Artikel 156 heißt es unter anderem: „Das Reich kann ferner im Falle dringenden Bedürfnisses zum Zwecke der Gemeinwirtschaft durch Gesetz wirtschaftliche Unternehmungen und Verbände auf der Grundlage der Selbstverwaltung zusammenschließen.“ Des weiteren sagt die Verfassung, daß alle Volksteile zur Mitwirkung herangezogen werden, um Wirtschaftsfragen nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen zu regeln. Allerdings sind die tatsächlichen Zustände noch weit von diesen Thesen entfernt. Die bisherigen Errungenschaften sind bescheiden und die Machtbefugnisse gering. Aber es sind Anfänge da, die schon eine Untergrabung der Unternehmerwillkür bedeuten. Dieser Erfolge wegen sind weitere Schritte auf dem eingeschlagenen Wege erstrebenswert.

Als man nach der Revolution sah, daß eine unmittelbare Umstellung der Wirtschaft unter Ausschaltung der privaten Kräfte versagen mußte, entstanden die Bestrebungen, unter vorläufiger Beibehaltung der bestehenden Wirtschaft die Interessen der Allgemeinheit wahrzunehmen. Diese Bestrebungen gehen dahin, in der kapitalistischen Wirtschaft das Prinzip der Wirtschaftsführung zu errichten. Die Selbstverwaltungskörper, als dem Staat unterstellte Organe sollen diese Aufgaben erfüllen. Der Anfang fällt auf solche Industriegruppen, die den Charakter eines natürlichen Monopols haben, wie der Bergbau oder solche, die sich durch Kapitalzusammenballung eine marktbeherrschende Stellung eroberten, wie die Eisen- und chemische Industrie. Der erste staatliche Eingriff wurde in die Kalindustrie unternommen. Das Gesetz zwang alle Kaliproduzenten zum Eintritt in ein Zwangs syndikat. Das Syndikat, in dem auch die Gewerkschaften ihren Einfluß ausüben, regelt

Fragen der Preisbildung, des Absatzes sowie die Erschließung neuer Produktionsmöglichkeiten. In der Kohlenwirtschaft, die einen der Hauptpunkte in den Sozialisierungsfragen bildet, wurde ebenfalls von einer sofortigen Überführung in Gemeinbesitz abgesehen und die private Initiative erhalten. Die Kompromißlösung schaffte auch in dieser Gruppe Selbstverwaltungskörper, mit dem Reichskohlenrat als Spitzenorgan. Die wichtigste Aufgabe dieser Körperschaft ist die Festsetzung der Brennstoffpreise. Da auch die Arbeiterschaft an der Preisbildung im Kohlenbergbau gewaltig interessiert ist, darf es als ein Fortschritt gebucht werden, daß in diesen Fragen die Gewerkschaften zum Wohle der arbeitenden Bevölkerung mitwirken.

Weitere Anfänge gemeinwirtschaftlicher Regelungen durch Selbstverwaltung sind in der Eisenwirtschaft und Elektrizität gemacht worden. Aber die Organisation dieser Körperschaften ist so mangelhaft, daß bisher von einer praktischen Arbeit und einem Erfolg nichts zu verzeichnen ist. Auf dem Wege der Gesetzgebung müssen die genannten Gruppen sowie alle anderen, an deren Erfassung die Allgemeinheit interessiert ist, mittels der Selbstverwaltung gemeinwirtschaftlichen Zwecken dienstbar gemacht werden.

Es dürften noch die Stellen staatlicher Wirtschaftskörper und Verwaltungskörper genannt werden, in die der gewerkschaftliche Einfluß reicht. Es sind dies besonders der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost und die Eisenbahnräte der Deutschen Reichsbahn. Weiter sind es das Branntweinmonopol, die Reichsbank und in der Verwaltung das Kartellgericht und die Finanzgerichte.

In diesem Zusammenhang sind nur die wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörper und die Stellung der Gewerkschaften besprochen. Es gibt natürlich eine ganze Reihe sozialer Selbstverwaltungen, in denen der Einfluß der Arbeiterschaft weit größeren Umfang angenommen hat. Sie sehen aber aus dieser Betrachtung ausgenommen.

Zusammenfassend muß man leider feststellen, daß die Erfolge auf diesem Gebiete noch äußerst gering sind, wie auch das Ganze noch in den aller-einfachsten Anfängen steckt. Das ändert aber nichts daran, daß für die freien Gewerkschaften für die nächste Zukunft die Aufgabe gestellt ist, auf dem eingeschlagenen Wege weitergehend für eine restlose Verwirklichung dieser Gedanken zu wirken. Die Selbstverwaltungskörper sind ein Eingriff in die Privatwirtschaft, und darin liegt für die Arbeiterschaft das Moment der Würdigung. Die wirtschaftsdemokratischen Bestrebungen der Gewerkschaften benutzen alle Mittel und Wege, die geeignet sind, der Vergesellschaftung der Produktionsmittel dienstbar zu sein. Ein Weg unter den vielen Angriffspunkten gegen die Unternehmerwillkür ist der Ausbau von wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern, dessen Gelingen von der Macht und dem Willen der Arbeiterschaft abhängt. Es ist ein Teil des Weges, der fern von allen Illusionen dem Ziele zuführt, das sich die Arbeiterbewegung gesteckt hat. prolet.

Der Kampf um das Gold.

Das Gold, jenes geheimnisvolle Metall, welches die Menschheit zu seine Sklaven macht, ist ein ruheloser Wanderer. Die von Zeit zu Zeit veröffentlichten Ziffern der Goldbestände der einzelnen Staaten legen davon Zeugnis ab. Eine große Verschiebung haben die Goldbestände durch den Krieg erfahren. Der Schwerpunkt derselben ist von Europa nach den Vereinigten Staaten gerückt worden. Die monetären Goldbestände der Welt betragen am 30. Juni 1929 48424 Millionen RM. Was die Verteilung dieser riesigen Goldmengen anbelangt, so hat sich eine weitere Verschiebung zugunsten Amerikas vollzogen. Die Vereinigten Staaten konnten ihren Goldbestand von 17384 auf 18154 Millionen RM. erhöhen. Der amerikanische Anteil am Goldvorrat der Welt stieg von 36,3 Proz. Ende 1928 auf 37,5 Proz. Ende Juli 1929. Während der europäische Anteil von 40,0 Proz. auf 39,7 Proz. zurückging. Die deutsche Reichsbank hatte eine zeitweilige Verminderung ihrer Goldbestände von nahezu 1 Milliarde RM. zu erleiden. Ein Teil der Goldverluste konnte wieder hereingebracht werden. Doch bleibt immer noch ein erheblicher Verlust: Die Goldreserven der Reichsbank betragen Mitte d. J. 1927 Mill. RM. gegen 2795 Mill. RM. Ende 1928. Das deutsche Gold wurde zu 60 Proz. von der Bank von Frankreich aufgenommen. Der Rest ging nach Amerika, Belgien, Holland und England. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben einen 6½-mal höheren Goldbestand als Deutschland. Die Yankees sitzen auf ihrem hohen Goldberg, während Europa mit Mühe um die notwendige Golddeckung kämpfen muß. Es ist immer noch wie zu Goethes Zeiten: Am Golde hängt, nach Golde drängt alles!

RECHT UND GESETZ

Der sittliche Charakter der Sozialversicherung.¹

Von Dr. Andreas Gröser, Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium.

Meine Damen und Herren! Der Sozialversicherung, die mehr als 40 Jahre alt ist, reden Philosophen und Ärzte nach, sie verdanke ihr Dasein einem verhängnisvollen Irrtum des menschlichen Geistes, sie töte den Sparsinn, züchte den Versicherungsbetrug und verderbe die Sittlichkeit des deutschen Volkes. Reden und Schriften solchen Inhaltes finden zwar in Deutschland, dem Mutterboden der Sozialversicherung, nur eine kleine Gemeinde. Um so aufmerksamer ist aber das Ohr des Auslandes. In Frankreich und Belgien schmieden Industrielle und Ärzte daraus Waffen gegen die Einführung der Sozialversicherung in ihrem Lande. Darin liegt für Deutschland eine wirtschaftliche Gefahr. Man bezeichnet die Versicherungsbeiträge in gewissem Sinne als eine Vorbelastung der deutschen Wirtschaft und als eine Erschwerung der Exportindustrie. Erweitert sich das deutsche Recht zum Weltversicherungsrecht, dann tritt, wenigstens bei einem Teile der Produktionskosten, ein internationaler Ausgleich ein. Die grundsätzliche Verneinung der deutschen Sozialversicherung ist geeignet, diesen Ausgleich zu verhindern. Um so notwendiger ist ein aufklärendes Wort über den sittlichen Charakter unserer Versicherung.

Ich gehe von der Natur der Dinge aus.

Mit fast gesetzlicher Regelmäßigkeit wiederholen sich bei der Arbeit Krankheit und Unfälle, Arbeitslosigkeit und Sichtung. Im Durchschnitt wird jeder zweite Arbeiter einmal im Jahre krank und für etwa 24 Tage arbeitsunfähig. Am höchsten ist die Krankheitsgefahr im Bergbau und in der Schwerindustrie, am geringsten in der Landwirtschaft. Von 100 Bergleuten werden im Jahresdurchschnitt 75 infolge Krankheit für rund 30 Tage an der Arbeit gehindert. In der Landwirtschaft wird der Arbeiter erst in jedem dritten Jahre krank und arbeitsunfähig. In Deutschland fallen jährlich 1,2 Millionen Geburten an; davon treffen rund 800.000 auf die versicherte Bevölkerung. Im Jahre 1928 ereigneten sich im Gewerbe und in der Landwirtschaft 1,4 Millionen Arbeitsunfälle; jeder neunte Unfall hat eine dauernde Erwerbsstörung im Gefolge; tödlichen Ausgang hatten 8500 Unfälle. Am 1. Januar 1929 versorgte die Invalidenversicherung 1,9 Millionen Invaliden, 400.000 Witwen und 730.000 Waisen. Für die Arbeiter ist die Arbeitslosigkeit ein unheimliches Gespenst. Jede Schwanung auf dem Weltmarkt zittert in der Arbeiterhütte nach. Diese Wechselfälle treten gleichsam mit der Gewalt einer Naturkraft auf.

Die grundsätzlichen Gegner der Sozialversicherung verweisen den Arbeiter zum Schutz gegen diese Wechselfälle auf den Heroismus der persönlichen Selbsthilfe und verlangen insofern die Rückkehr zu den Lehren des sogenannten Individualismus.

Vor der Sozialversicherung waren Wirtschaftsleben und Gesellschaftsordnung vom Individualismus beherrscht. Diese Wirtschafts- und Gesellschaftsauffassung ist ihrer Natur nach der Bildung von Gemeinschaften abhold, sie sucht den Fortschritt und den Aufschwung in der Pflege des Individuums, sie predigt die Freiheit der Wirtschaft und entfesselte damit hemmungsloses Streben nach Gewinn. An dieser Freiheit hatte grundsätzlich zwar auch der Arbeiter seinen Anteil, bald kam aber die Kehrseite des Systems zum Vorschein. Die Gesellschaft löste sich in Konkurrenten auf, die einen erbitterten Kampf ums Dasein führten — Mann gegen Mann. Die scheinbar freien Subjekte wurden Objekte der Ausbeutung. Vom Lande strömten die Massen nach der Stadt, gleichsam über Nacht wuchsen die Großstädte aus dem Boden hervor. Es entstanden chaotische Ansammlungen von Menschen und Siedlungen. In den großen Städten und den Industriebezirken gerieten die Arbeitermassen — weil sie unorientiert und hilflos waren — in ein unbeschreibliches Elend. Die Freiheit des Individuums wurde den Arbeitern zum Danaergeschenk. Der Individualismus suchte die Arbeiter vor dem organischen Zusammenschluß zu bewahren. Im Namen der persönlichen Freiheit wurde die Freiheit der Koalition unterdrückt. Die Gesellschaft war erfüllt von rücksichtsloser Gewinnsucht, sie fand wenig Zeit, sich nach der Arbeitermasse umzusehen und sich um die Not und Bedürfnisse der Arbeiter zu kümmern. Die Zahl der Unternehmer, die im Innern noch eine Ver-

pflichtung zur patriarchalischen Fürsorge für die Arbeiter spürten, wurde immer geringer. Die Erinnerung an die schicksalsmäßige Verbundenheit von Unternehmern und Arbeitern begann zu verblassen, das Gemeinschaftsgefühl geriet in die Gefahr der Verschüttung. Die einzige Hilfe, die man halbwegs gelten ließ, waren Caritas und Armenpflege, das Waisenhaus und das Stiechenheim.

Was lag näher, als daß unter dem Druck eines namenlosen Elends, wenigstens bei den Arbeitern, das Gefühl der Gemeinschaft, der Gefahr, der Not und des Schicksals geweckt wurde. Die Masse erwartete zur Klasse und suchte zu ihrer Erhaltung und Entfaltung neue Lebensformen. Der Gemeinschaftsgedanke wurde neu erkannt und erlebte in der Sozialversicherung seine Wiedergeburt. Die Versicherungsträger vereinigten in sich die Arbeiter und ihre Arbeitgeber zur gemeinschaftlichen Tragung der Gefahren, die die Krankheit und der Unfall, die Arbeitslosigkeit und die Invalidität, das Alter und der Tod für die Arbeiter und ihre Familien im Gefolge haben. Was in der Sozialversicherung sich auslebt und auswirkt, ist gemeinschaftlicher Kampf gegen die Ursachen von Armut und Elend in der Arbeiterschaft.

Die Sozialversicherung wurzelt im natürlichen Recht der Arbeiter, auch bei ungünstigen Wechseln in der Arbeit oder im täglichen Leben Mensch zu bleiben. Sie ist organisierte Selbsthilfe auf Gegenseitigkeit. Wer in Dienst oder Arbeit tritt, ist kraft Gesetzes versichert. Die Versicherung ist in das Arbeitsverhältnis hineingebaut, so wie ein Reis in einen Baumstamm zur Veredelung der Frucht eingefügt wird; sie ist solidarische Ausgestaltung des Arbeitsverhältnisses zum Schutz gegen die Wechselfälle, die den Arbeiter und seine Familie treffen können. Der Beitrag stammt aus Lohn, im Beitrag wird ein Teil des Lohnes gebunden zur Vorsorge für die Zukunft, in ihm verdichtet, konserviert sich Lohn, in den Versicherungsmitteln wird Kaufkraft aufgespeichert. Beim Eintritt des Versicherungsfalles wird der gebundene Lohn wieder flüssig gemacht, die aufgespeicherte Kaufkraft wieder zurückerstattet in Form von Geld und Sachleistungen, je nach der Natur des Falles. Im Krankengeld und in den Renten tragen die Versicherten und ihre Hinterbliebenen den Lohn nach Hause, den der Arbeiter und sein Arbeitgeber gemeinschaftlich zurückgelegt haben.

So zwingt die Versicherung zur gemeinschaftlichen Sparsamkeit und Vorsorge, sie gibt dafür Ruhe und Vertrauen in die Zukunft. In der Versicherung hilft der eine dem anderen, der Gesunde dem Kranken, der Starke dem Schwachen, der Junge dem Alten, der Glückliche dem Unglücklichen.

Mit der Zeit hat sich die Versicherung auch zu einer Gemeinschaft entwickelt, in der der Ledige für den Verheirateten, der Kinderlose für den Kinderreichen eintritt. Im Anfang war nämlich das Beschäftigungsverhältnis Grund und Grenze für die Versicherung. Heute schützt die Versicherung den Arbeiter nicht bloß für seine Person, sie sieht in ihm zugleich den Ernährer von Frau und Kind und bemißt daher ihre Leistungen nach dem Familienstand und der Unterhaltspflicht. Neue Gesetze tragen den Versicherungsschutz auch in die Familie des Versicherten. Die ganz überwiegende Zahl der Krankenkassen gewährt den Angehörigen der Versicherten sogenannte Familienkrankenpflege und stuft das Krankengeld nach dem Familienstande ab. In naher Zeit wird diese Abstufung und jene Familienkrankenpflege zur gesetzlichen Regel erhoben, wie dies schon im Bergbau und bei den Seeleuten der Fall ist. Die Wochenhilfe erhält nicht bloß die werktätige Frau, sondern auch die Frau des versicherten Mannes. Alle Renten enthalten Zuschüsse für die Kinder; dieser Zuschuß beträgt in der Invaliden- und Angestelltenversicherung 10 RM. im Monat. Mag auch der Familienschutz, den die Sozialversicherung gewährt, nur äußere Fürsorge sein, sie ist mittelbar zugleich ein Beitrag zur Erneuerung der Familie und zur Erneuerung des Volkstums. Bei der Züricher Tagung der Internationalen Vereinigung für sozialen Fortschritt ertotete Deutschland die Anerkennung, daß in seinen Gesetzen der versicherungsrechtliche Familienschutz am stärksten ausgeprägt ist und den Vorzug verdient vor dem französischen und englischen System der Familienpolitik.

Im April d. J. waren Sachverständige der sozialen Medizin im Auftrage der Hygienesektion beim Völkerbund und des Internationalen Arbeitsamts in Deutschland, um die Träger der Sozialversicherung bei ihrer Arbeit auf dem Gebiete der

Gesundheitsfürsorge zu beobachten. Die Sachverständigen erkannten an, daß in der deutschen Versicherung jeder Versicherungsfall organisch aufgefaßt wird: in der Gesamtheit seiner Beziehungen, nicht bloß als eine Erscheinung für sich, sondern auch in seiner Ursache und Folge, im Zusammenhange mit dem Betrieb, in der Verflechtung mit den äußeren Umständen und in der Wirkung auf die Umgebung. Die deutsche Sozialversicherung sieht im besonderen das Allgemeine, in dem Einzelfalle das Merkmal eines Zustandes, in der Häufung gleicher oder ähnlicher Fälle die Berufskrankheit und die Volksseuche. Nach dieser Auffassung richten sich auch die Maßnahmen, die heilenden und wirtschaftlichen Maßnahmen, das vorbeugende Wirken, die Aufklärung, Belehrung und Beratung. In der Versicherung werden die Arbeiter langsam aber sicher zur Verhütung von Krankheiten und Unfällen, zur verständigen und gesunden Lebensführung erzogen. Das wird nicht auf einmal erreicht, es handelt sich eben um eine Entwicklung. Indem aber die Versicherung zielbewußt einen Schritt vor den anderen setzte, legte sie schließlich den weiten Weg von der Mediziner zur Hygiene zurück. In Deutschland löst hiernach die Selbstverwaltung der Versicherten auch Aufgaben, die sonst dem Staate ausschließlich vorbehalten sind. Aus der Sparsamkeit wurde mit der Zeit eine Erziehungsgemeinschaft.

Eine Gemeinschaft gibt Rechte, sie begründet aber auch Verbindlichkeiten. Das äußere Band, das die Arbeiter und die Unternehmer in der Versicherung zusammenhält, ist Versicherungszwang und Beitragspflicht. Bloßer Zwang läßt kalt, wie ein seelenloses Bild aus Stein. Gemeinschaft und gegenseitige Pflicht will anerkannt und bejaht, tief empfunden und willig getragen sein. Die Versicherungsgemeinschaft soll als gemeinschaftliches Glück, als gemeinschaftliche Not erlebt werden, wie eine Schicksalsgemeinschaft, in der keiner mehr ist, als der andere, in der jeder für den anderen verantwortlich ist.

Auch in der Sozialversicherung gibt es Mißbräuche und Sünden gegen den Gemeinschaftsgeist. An Energie, die Mißbräuche zu beseitigen, fehlt es nicht. Solche Mißbräuche hängen nicht, bloß an der Sozialversicherung, sie hängen an allen ähnlichen Einrichtungen, auch an der privaten Versicherung. In der Steuergemeinschaft wird der Staat auch nicht immer mit vollendeter Ehrlichkeit bedient. Diese Mißbräuche treten zurück, je mehr die Beteiligten zur Versicherung erzogen werden. Dem Rechte, durch die Versicherung geholt zu werden, entspricht die Verpflichtung, gesund zu bleiben und der Willie, bald wieder gesund zu werden. Der Versicherungsbetrieb ist eben wie ein Familienbetrieb aufzufassen, bei dem kein Mitglied einen Vorteil auf Kosten des anderen sucht, bei dem jedes Mitglied mit sparen hilft und das Familiengut schützt.

Ich überblicke nochmals das Ganze und fasse es in einem Satze zusammen: Die Sozialversicherung ist aus der Schicksalsgemeinschaft der Arbeiter hervorgegangen. Sie ist für die Arbeiter ein Abschnitt in ihrem allgemeinen Befreiungskampf, ähnlich wie früher die Handwerker und die Bauern um ihre Befreiung gekämpft haben. Mit Hilfe der Sozialversicherung, die ein Bestandteil des Arbeitsrechts ist, wollen die Arbeiter ein Stand werden, wie die Handwerker und die Bauern ein Stand geworden sind. Die Sozialversicherung ist kein Kunstgebilde, sie ist naturhaft gewachsen, sie ist für die Arbeiter eine unentbehrliche Lebensform.

Mit Erfolg haben die Arbeiter den Kampf für die wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung aufgenommen: Die Mitarbeit bei den Versicherungsträgern und Versicherungsgerichten haben das Interesse und die Befähigung der Arbeiter auch für die Arbeit in Gemeinde und Staat gefördert. Der Arbeiterstand rückt in den gesetzgebenden Körperschaften, in den Gemeindeverwaltungen und den politischen Parteien den übrigen Ständen gleichwertig an die Seite. Aus dem gedrückten, verachteten oder bemißleideten „Proletariat“ ist der wirtschaftlich gehobene, emporstrebende und für ideale Ziele begeisterte Vollbürger geworden. Kein Stand bekundet mehr Opfersinn im Interesse der Solidarität, mehr Eifer und Hingabe für die Fortbildung und Schulung als der Arbeiterstand. Dank unserer Sozialversicherung ist eine Fülle von geistigen und sittlichen Kräften im Arbeiterstand geweckt und gestärkt worden. Das ist nicht bloß ein Gewinn für die Kultur, das liegt auch im Interesse der deutschen Wirtschaft. Auf dem Weltmarkt wird das Volk siegen, das den bestgeschulten, gewecktesten und strebsamsten Arbeiterstand hat.

¹ Nach einem am 2. Oktober auf der Deutschen Welle gehaltenen Rundfunkvortrag.

VERBAND UND BERUF

Geständnisse.

Daß die Beschlüsse des Reichstages den Kampf um die Arbeitslosenversicherung nur vertagt haben, dürfte für keinen Kollegen eine Frage sein. Wenn nicht früher, wird der Kampf bei Beratung des Reichshaushaltes erneut entbrennen, weil der Arbeitslosenversicherung die finanzielle Grundlage verweigert worden ist. Bekanntlich hatten die Vertreter der Sozialdemokratie im Einverständnis mit den Gewerkschaften zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung im Reichstag beantragt, den Beitrag um ein halbes Prozent zu erhöhen. Die Beitragserhöhung ist von den Unternehmern auf das heftigste bekämpft worden, weil angeblich die Wirtschaft die Last nicht tragen könne.

Den gleichen Standpunkt vertritt das „Deutsche Offset- und Steindruckgewerbe“, das Organ des Schutzverbandes. In Nr. 20 vom 15. Oktober 1929 schreibt es in einem Artikel „Die Abänderungen der Arbeitslosenversicherung“ folgendes: „Eine weitere Belastung der Wirtschaft durch Beitragserhöhung kommt gar nicht in Frage, sondern es müssen ausreichende Ersparnismaßnahmen beschossen und in der Praxis auch tatsächlich durchgeführt werden.“ Warum eine weitere „Belastung der Wirtschaft“ nicht in Frage kommt, wird in diesem Artikel nicht verraten. Die landläufige Redensart dafür ist, daß die Betriebe durch die Lasten der sozialen Versicherung an den Rand des Zusammenbruches getrieben worden seien. Das ist, wie schon oft nachgewiesen worden ist, eine landläufige Redensart. In rechter Erkenntnis, daß man mit solchen Behauptungen niemand mehr bluffen kann, hat sicher das Schutzverbandsorgan auf solche Begründung verzichtet.

Aber es gibt eine andere Begründung. Im folgenden Artikel, betitelt „Wie die Aufgabe der Betriebsräte aufgefaßt wird“, bringt das „Offset- und Steindruckgewerbe“ die Begründung dafür, warum die „Wirtschaft“ eine Beitragserhöhung für die Arbeitslosenversicherung nicht tragen will und nach Abbau der Unterstützungssätze schreit.

Der von uns zuletzt angezogene Artikel nimmt einige Abhandlungen der „Buchbinder-Zeitung“ zum Anlaß, den Buchbindern Faulheit und Verletzung des Paragraphen 165 der Reichsverfassung vorzuwerfen. Wenn die „Buchbinder-Zeitung“ es für notwendig hält, wird sie sich selbst deshalb mit dem Schutzverbandsorgan auseinandersetzen. Uns interessiert nur der Schluß des Artikels, weil er den Arbeitern wieder einmal mit aller Deutlichkeit zeigt, auf was es den Unternehmern bei der „Reform“ der Arbeitslosenversicherung ankommt.

Der Inhalt des Artikelschlusses ist folgender: Ein Arbeiter, dem Arbeit zu einem Lohn von 82 Pf. die Stunde bei 50stündiger Arbeitszeit angeboten worden ist, hat die Arbeitsannahme ausgeschlagen, weil ihm bei Arbeitsleistung nur ein Mehrerwerb im Monat von 17 Mk. verbleibt gegenüber der Unterstützung durch die Arbeitslosenversicherung. Der Arbeiter hat angeblich selbst geschrieben, für 17 Mk. pro Monat könne er nicht 200 Stunden die schlechteste Arbeit machen. Das Schutzverbandsorgan knüpft daran folgenden Kommentar:

„Besser als durch diese Zuschrift kann nicht bewiesen werden, daß die Unterstützungssätze in Deutschland so hoch geworden sind, daß mancher Arbeitnehmer überhaupt kein Interesse mehr an der Arbeit hat. Für eine Zeit, in welcher soviel über das soziale Denken geredet und geschrieben wird, ist es charakteristisch, aus dem Munde eines Arbeitnehmers derartige Ansichten zu hören, die darauf hinauslaufen, daß er bedenkenlos vom Einkommen seiner Kollegen die Arbeitslosenunterstützung abzählen läßt, um selbst nichts zu tun. Schuld daran ist die Gesetzgebung selbst, die unter Außerachtlassung der fundamentalsten Wahrheiten auf psychologischen Gebiet diese Einstellung der Arbeitnehmer geradezu heranzüchtet.“

Man kann zu diesem Schrieb auch nur sagen: Von sozialem Denken keine Spur! Daneben ist erbaulich zu hören, daß ein Lohn in Höhe von 82 Pf. die Stunde der Schriftleitung des „Offset- und Steindruckgewerbes“ hoch genug ist. Die Kollegen haben auch so gleich eine Begründung dafür, warum ihre Löhne von den Unternehmern bezeichnet werden. Da wir nach den Bestimmungen des Tarifes 48 Stunden die Woche arbeiten, ist also nach dieser Ansicht ein Wochenlohn von 39,36 Mk. ausreichend. Die Kollegen können aus dieser Auslassung einer schönen Seele ersehen, was ihnen blüht, wenn der Verband durch innere Streitigkeiten einmal geschwächt würde.

Die Behauptung, daß die Unterstützungssätze der Arbeitslosenversicherung zu hoch sind, ist genau so fadenscheinig wie die Behauptung, eine weitere Belastung der „Wirtschaft“ käme nicht in Frage. 28,50 Mk. ist ganz gewiß keine „hohe“ Unterstützung. Würden die Herren, entsprechend dem geflügelten Kriegswort: „Gäbe es nur gleiches

Essen, wäre der Krieg längst vergessen“, auch auf wöchentlich 28,50 Mk. Sold gesetzt, würde ein schönes Geschrei ob der Unzulänglichkeit der Dinge anheben. Was lediglich Beweis dafür ist, daß die Löhne tatsächlich viel zu niedrig sind. Die moralischen Verbrämungen der unternehmerlichen Erntetrübungen über die hohen Sätze der Arbeitslosenunterstützung sind nur weiße Salbe für ihr Gewissen. Die Kollegen ziehen hoffentlich aus diesem Vorgange den Schluß, daß den Bestrebungen der Unternehmer auf Abbau der Arbeitslosenversicherung gar nicht entschieden genug entgegengetreten werden kann.

Was uns fehlt — der Fußball.

Der innere Wert einer freien Gewerkschaft wird gekennzeichnet durch die prozentuale Beteiligung der Berufsangehörigen als Mitglieder an ihr und durch die Aktivität, die diese bei allen durch die Organisation bedingten Veranstaltungen an den Tag legen. Auf gleicher Höhe muß auch das kollegiale Verhalten im Betrieb, zu Kollegen anderer Betriebe und anderer Städte stehen. Die Spitze einer Einheit liegt im internationalen Zusammenschluß. Dem Unternehmer gegenüber tritt die Stärke einer Organisation durch persönliches und im Rahmen der Gemeinschaft gegebenes Einsetzen für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen in Erscheinung. Außerdem muß bei einer gut organisierten Arbeitergruppe der Geist getragen sein von der Erkenntnis, daß alle diese Eigenschaften gleichzeitig dazu beitragen sollen, dem Ziele der sozialistischen Gesellschaft näher zu kommen.

Als Folge der wirtschaftlichen Struktur unserer Zeit, beeinflusst von der Entwicklung, die hinter uns liegt, ist es verständlich, daß die Menschen grundverschieden den Fragen der Wirtschaft und Gesellschaft gegenüber stehen. Es gilt Erziehungsarbeit zu leisten an denen, die nicht begreifen wollen, daß eine Weiterentwicklung in unserem Sinne und besseres Gestalten unserer Lebensweise nur auf dem Boden gemeinsamen Zusammenschlusses der Arbeiter möglich ist. Die Wege, die dabei eingeschlagen werden sind verschieden. Bildende und gesellschaftliche Veranstaltungen tragen außer den Eindrücken und Auseinandersetzungen im Betrieb, in Versammlungen und durch die Presse dazu bei. Der Zweck, den eine Organisation der Arbeiterschaft verfolgt, bestimmt die Mittel, die angewendet werden, um Fernstehende zu fassen. Zweckentsprechend hat sich eine Dreiteilung nach wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Gesichtspunkten in den Reihen der Arbeiterorganisationen durchgesetzt. Die Genossenschaften, die Gewerkschaften, die Sozialdemokratische Partei und der Arbeiter-Turn- und Sportbund treten dabei in den Vordergrund. Durch diese Einrichtungen ist allen Geistesströmungen und aller körperlichen Bewegung Rechnung getragen. Zwischen diesen Organisationen der Arbeiterschaft kann man keine scharfen Grenzen ziehen, so daß Veranstaltungen gleicher Art in allen drei Richtungen zu finden sind. Sie müssen nur so aufgebaut sein, daß keine durch die andere in ihrer Einheit geschädigt oder gestört wird.

Nun lesen wir in Nr. 40 der „Gr. Pr.“, Jg. 42: „Kollege Bösehans als Leiter der Sportabteilung betonte in seinen Ausführungen, daß nichts so geeignet sei, die internationalen Beziehungen zu fördern als der Sport, und es sei ihm eine besondere Befriedigung, festzustellen, daß die Kölner Veranstaltung wohl das erste Fußballspiel sei, in dem sich zwei reine Gewerkschaftsmannschaften in friedlichem Kampfe gegenüberstehen, die verschiedenen Ländern angehören.“

Also die freien Gewerkschaften bilden innerhalb ihrer Organisationen Fußballmannschaften. Gegen den Ball, soweit er als Mittel der Bewegung der im Betrieb einseitig bewegten Gliedmaßen in Frage kommt, wie es bei einem Teil unserer Jugendgruppen üblich ist, die wohl den Ball, aber keine Mannschaften kennen, ist nichts einzuwenden. Ordnungsgemäße Fußballmannschaften halte ich für einen Fremdkörper innerhalb unserer Reihen. Es soll dabei nicht verkannt werden, daß die Betriebssportbewegung, die sportliche Einstellung der Gewerkschaften angrenzender Länder Einfluß ausüben gleiches zu tun, um einer uns feindlichen Bewegung Halt zu bieten. Gibt da die Arbeitersportbewegung nicht genügend Raum oder halten es Teile unserer Kollegen nicht für „standesgemäß“, mit anderen Arbeitern gemeinsam zu arbeiten? International will man sich verständigen, und im eigenen Lande trennt man im Fußballspiel die Berufsgruppen voneinander, deren enges Zusammenwirken nicht genug gefördert werden kann.

Wiederholt hat sich gezeigt, daß ein Verein in einer Organisation störend wirkt, und schlecht ist es dann um eine Gewerkschaft bestellt, wenn deren Interessen vom Ball beeinflusst werden. Ablenkung von unserem Tun kann dann oft festge-

stellt werden, wenn diese Bewegung weitere Kreise zieht. Erst vor wenigen Tagen mußte ich einer unangenehmen Diskussion innerhalb einer Arbeiterorganisation zuhören, ob man Flugblätter für die Gemeindevahlen austragen oder das angesetzte Spiel durchführen soll. Was dort eingetretene ist, bleibt in unseren Reihen nicht aus. Wenn auch am Anfang gesagt wird, das lassen wir nicht eintreten: Die Entwicklung beweist meist anderes. Kollegen, die nach persönlicher Anerkennung im Bild und Schrift in bürgerlichen Zeitungen drängen, lassen sich auch schwer für uns gewinnen, weil dieser Personenkult in den Arbeiterorganisationen keinen Platz findet. Es wäre weit besser, alle die Arbeit, die dem Ausbau von Fußballmannschaften gilt, in aktiver Mitarbeit dem Verbands zu widmen, und die beim Spiel oft gezogene überschüssige Kraft an passender Stelle im Betrieb zum Ausdruck zu bringen. Dazu gehört weit mehr persönliche und geistige Kraft als zu der Berechnung, wie man die Zehen dreht, um den Ball zu lenken. 2 Mark Zulage persönlich geschafft oder 2 Überstunden abgelehnt, ist für einen Gewerkschafter wertvoller als eine Serie getretener Tore.

Weiter steht fest, daß nicht alle unsere Kollegen Fußball spielen, aber auch Bedürfnisse anderer Art haben; diese müßte man ebenfalls gewähren lassen. Z. B. Skatspieler, denen es oft große Freude bereitet den eigenen Kollegen auszuspielen, Angler, die, durch die große Ruhedieses Sports bedingt, vergessen Zulage zu verlangen, weil sie überzeugt sind, daß schwer etwas zu fangen ist usw., und alles das auf gewerkschaftlichem Boden.

Mögen in dieser Frage die Meinungen innerhalb unserer Reihen weit auseinander gehen und die Entwicklung in einzelnen Orten andere Wege laufen, so steht aber fest, daß der Teil unserer Kollegen, der die Gewerkschaft als eine Kampforganisation anerkennt und wertet, auch seinen Teil dazu beitragen wird, daß sich diese Fremdkörper in unseren Reihen nicht weiter ausbreiten.

Theo. Kurth.

Preisunterbietung.

Zu dem Artikel „Preisdrückerei“ in der „Gr. Pr.“ Nr. 42 vom 18. Oktober möchte ich insbesondere von der Chemigraphie einiges ergänzen. In diesem Gewerbe ist die Preisunterbietung durch Kalkulation der Aufträge, in erster Linie auf Billigkeit und kurze Liefertermine, an der Tagesordnung. Der Bund der chemigraphischen Anstalten hat im vorigen Jahr eine neue Preisberechnung festgelegt, die eine Erhöhung von fünfzehn Prozent brachte, auf Preisunterbietung Strafen setzt und Kundenwerbung nur zuläßt ohne Unterbietung. Diese Preisregelung steht leider nur auf dem Papier; in Wirklichkeit sieht es ganz anders aus.

In der Chemigraphie ist durch Zwischenhändler, die nur von Auftragvergebung leben, eine Prozentgewährung zur Einführung gekommen, die ein Krebschaden für das Gewerbe ist, dessen Auswirkungen nicht erspart bleiben. Die vom Bund festgesetzten Preise werden so gut wie fast gar nicht beachtet; es werden Prozente gewährt, die katastrophal sind. In den Kollegenkreisen ist es nicht unbekannt, daß Firmen bis zu fünfundsiebzehn Prozent gewähren; das bedeutet eine Versenkung der Ware. Es könnte uns gleich bleiben, was der Unternehmer mit der fertiggestellten Ware macht, wenn nicht die Ausnutzung der Arbeitskraft des einzelnen bis zum Weißbluten dadurch gesteigert würde. Selbstverständlich wird der Unternehmer die gewährten Prozente nicht allein tragen und so nur Arbeit annehmen, um seinen Arbeitern Beschäftigung zu geben und keinen Profit zu haben. Die Termine der Aufträge werden als brandeilig bezeichnet, nur damit es schnell geht. Natürlich wird dadurch die Qualitätsarbeit beeinflusst, so daß diese unerträglichen Zustände für ein Gewerbe einen Schaden bedeuten. In Berlin sind die vierundfünfzig Anstaltbesitzer so im Konkurrenzkampf, daß sie, um Aufträge zu bekommen, sich immer mehr den Zwischenhändlern unterwerfen. Die künstliche Terminverkürzung ergibt, daß Arbeiten zur Korrektur zurückkommen und demzufolge den Gehilfen Vorwürfe und letzte Konsequenzen nicht erspart bleiben. Diesen Zuständen ist nur ein Ende dadurch zu bereiten, daß den Gehilfen eine tarifliche Mitbestimmung in der Preisgestaltung zugesichert wird, nicht im Interesse der Unternehmer, sondern lediglich zur Erhaltung und Gesundheit des Gewerbes. Es ist an der Zeit, den Kampf anzusagen, um die im Artikel 165 der Reichsverfassung festgelegte Mitbestimmung in den Wirtschaftsfragen voll und ganz zur Geltung zu bringen. Tarife ohne diese Zusicherung müssen von den Gehilfen abgelehnt werden, da sie für die Existenzmöglichkeit des einzelnen keine Garantie mehr geben und helfen, das Gewerbe zu vernichten.

Argü.

JUGENDHILFE

Jugendleiteraussprache in Dresden.

Am Montag, dem 23. September, fand in Dresden in den Räumen des schöngelegenen Heimes, das das Arbeitersportkartell vor kurzem erworben hat, die gemeinsame Tagung der Jugendleiter der Gewerkschaften mit den Vertretern der Sozialistischen Arbeiter-Jugend und der Arbeitersportorganisationen statt. Der Jugendsekretär des ADGB, Walter Maschke, leitete die Tagung mit einem Hinweis darauf ein, daß nicht eine nach außen wirkende Kundgebung beabsichtigt sei, sondern daß der Leiter der Volkshochschule Groß-Berlin, Genosse Erwin Marquardt, in seinem Vortrag „Ergebnisse der Erziehungsarbeit in den Jugendorganisationen“ vom Standpunkt des Erwachsenenbildners diese Jugendzweigung einer kritischen Betrachtung unterziehen solle.

Die Aufgabe, die Marquardt sich gestellt hatte, war, nicht eine Festrede über die Arbeit der Jugendorganisationen zu halten, in der vornehmlich die von ihr geschaffenen positiven Werte hervorzuheben gewesen wären, sondern sie im Interesse der Sache nüchtern zu kritisieren, Schwächen und Mängel festzustellen und das Verantwortungsgefühl der in der Jugendarbeit stehenden Funktionäre zu schärfen. Genosse Marquardt war bei seinen Ausführungen vorwiegend durch seine Erfahrungen als Lehrer bestimmt, die er an den Arbeiter-Abiturientenkursen in Neukölln und als Leiter der Heinvolkshochschule Harrisleefeld bei Flensburg gewonnen hatte. Es kam daher nicht der ganze weite Bereich der Jugendarbeit in seinem Vortrag zur Geltung, eine Arbeit, die ja keineswegs nur, vielleicht sogar nicht einmal vorwiegend auf intellektuelle Schulung ausgeht, sondern vor allem die großen Ideen der sozialistischen Arbeiterbewegung (auch da, wo ihre intellektuelle Durchdringung die Kräfte der Jugendlichen übersteigt) den jungen Menschen in einer ihnen gemäßen Form nahebringen will und im übrigen in ihren geselligen und festlichen Veranstaltungen (trotz der Skepsis allzu Erwachsener) ihnen das Bewußtsein kameradschaftlicher Verbundenheit, ja, der in der Idee der Arbeiterbewegung begründeten Gemeinschaft (ohne Anführungszeichen) vermitteln will. Der Leitgedanke, der dem Vortrag von Marquardt zugrunde lag, war, daß die Fülle der konkreten Aufgaben, die den Gewerkschaften wie der Partei heute obliegen, eine nüchterne, intellektuelle, fachliche Schulung, die nicht mit den großen theoretischen Problemen des Sozialismus beginnt, sondern von den Gebleten des praktischen Lebens ihren Ausgang nimmt, in den Vordergrund gerückt haben.

Einleitend wies Genosse Marquardt darauf hin, wie wenig Theorien und Ideologien bei der Erziehung leisten, wie ausschließlich es bei der Erziehung auf praktische Arbeit ankomme. Die Zahl der organisierten Jugendlichen, die unter dem Einfluß der Jugendorganisationen stehen, sei im Verhältnis zur Gesamtzahl gering, und auch diese verhältnismäßig nicht allzu große Schaar werde nur an wenigen Stunden der Woche in den Kreisen der von den Jugendorganisationen durchgeführten Veranstaltungen einbezogen. Man müsse sich also von vornherein darüber klar sein, daß von einem erzieherischen Einfluß nur in engen Grenzen gesprochen werden kann. Die proletarische Jugendbewegung habe sich vielleicht allzu lange und allzu stark in Abhängigkeit von der bürgerlichen Jugendbewegung befunden. Sie habe geistige Anleihen bei der bürgerlichen Jugendbewegung gemacht, sich an ihrer Revolte gegen die Übergeistigung, gegen den Intellektualismus beteiligt. Man kenne den etwas weltflüchtigen, asketischen Typus der „neuen Menschen“, den diese Bewegung gezeltigt hat. Die proletarische Jugend leide aber nicht an einer Übersättigung mit geistigen Werten, an einer Überfütterung des Intellektes, sondern im Gegenteil an seiner Unterernährung. Marquardt wandle sich gegen das romantische Gemeinschaftsideal, in das diese Jugend sich hineingedichtet habe. Auch in der proletarischen Jugendbewegung spiele die Neigung zu asketischen Prinzipien (Nichttrauchen, Abstinenz) eine Rolle. Man müsse sich darüber klar werden, daß solche Grundsätze, so idealistisch auch die Motive seien, aus denen sie entspringen, die werbende Kraft der Jugendorganisationen einengen. Im ganzen, meinte Marquardt, werde angesichts der Ansprüche, die an die in der Arbeiterbewegung Tätigen heute infolge des so stark erweiterten Wirkungsbereiches der Organisationen gestellt werden, unverhältnismäßig viel Zeit auf die Pflege des geselligen Lebens verwandt, die nüchterner, vorbereitender Schulungsarbeit gewidmet werden sollte. Was später von den Jüngeren in erster Linie verlangt werde, sei sicheres Wissen auf einer Reihe von Sachgebieten, die hier nicht weiter aufgezählt zu werden brauchen.

So notwendig Agitatoren seien, die hauptsächlich sich in nüchterner Arbeit in irgendeiner Sach-

gebiet einarbeiten oder eine konkrete Frage ernsthaft behandeln zu können. Jene Typen der Jüngeren, die sich weder in die notwendige Arbeitsdisziplin noch in das Zusammenleben einer Schulgemeinschaft mühelos einfügen können, die zwar von Gemeinschaft reden, aber in der Praxis versuchen, anderen ihre Bedürfnisse aufzunötigen und vielfach Selbstverständlichkeiten der äußeren Haltung vermissen lassen, werden zweifellos überall Ablehnung finden.

Zusammenfassend hob Marquardt hervor, daß für die sozialistische Jugendzweigung die methodische Durchbildung des Intellektes das Wesentliche sein müsse; erst nach der Erkenntnis von Einzeltatsachen könne die theoretische Erkenntnis kommen. Die Methode des Erarbeitens (Arbeitsgemeinschaft) sei statt der des Dozierens dabei zu befolgen.

Der Vortrag des Genossen Marquardt war in der Abgrenzung des Stoffes bewußt einseitig und in der Formulierung bewußt überspitzt. Es war daher verständlich, daß er unter den Konferenzteilnehmern, insbesondere den jüngeren, auf lebhafte Opposition stieß. Die gefühlsmäßige Einreihung der Jugendlichen in die Arbeiterbewegung sei das erste, ihre erkenntnistmäßige Einordnung das zweite. Die Jugend müsse in erster Linie zur Freude erzogen werden. Wenn man größere Schichten gewinnen wolle, so könne man nicht auf das Frohe, Leichte, Spielmäßige verzichten. Es sei auch nicht einzusehen, warum unsere Jugendlichen, die doch meistens in einem Alter zwischen 14 und 18 Jahren stünden, sich nur schulmäßig mit konkreten Wissensstoffen abspesen lassen sollten. Es entspreche der seelischen Eigenart der Jugend, daß ihr Enthusiasmus sich an großen, über ihr Verständnis teilweise hinausgreifenden Fragen entzündete.

○ Eine bedeutsame Ergänzung zu den Ausführungen Marquardts bot der Vorsitzende der SAJ, Genosse Ollenhauer. Marquardt habe über die Aufgabe der Wissensvermittlung gesprochen. Die sozialistische Jugendzweigungsarbeit umfasse aber einen weiteren Kreis, sie wende sich auch an das Gemüt, an das Seelische. Was Marquardt über Wissensvermittlung gesagt habe, das könne auch von seiten der SAJ, nur anerkannt werden. Gewiß sei eine Begrenzung des Wissensstoffes notwendig, gewiß müsse die Schulung vom Konkreten ihren Ausgang nehmen und auf das Konkrete hin abgezielt sein. Es müsse aber bedacht werden, daß die Jugendvereine unter schwierigeren Verhältnissen als eine Schule arbeiten. Es sei schon darauf hingewiesen worden, daß die Masse der Jugendlichen in allen drei Organisationen zwischen 14 und 18 Jahren alt sei. Diese Jugend sei romantisch. Romantik und Jugend seien untrennbare Begriffe. Die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen kommen mit einem unbestimmten Klassengefühl; einem unbestimmten Gemeinschaftsbedürfnis in ihre Gruppen. Hier müsse die Erziehungsarbeit der Jugendorganisationen einsetzen, wobei das Ziel unmöglich sein könne, alle jungen Arbeiter und Arbeiterinnen zu intellektuell durchgeschulten Menschen zu erziehen. Weltflüchtige Jugendbewegung gebe es heute bei uns nicht mehr. Man dürfe aber auch von der früheren Jugendbewegung nicht gering denken. Es sei keine geringe Leistung, daß sie die Idee der Selbsterziehung, das Recht auf Selbstverwaltung durchgesetzt, daß sie aus sich heraus die Neugestaltung der Feste der Arbeiterbewegung geschaffen habe. Die Jugendgruppen müssen Lebenszentren für die junge Arbeiterschaft werden. Nicht nur die Beschäftigung der Jugend mit großen Problemen, denen sie nicht gewachsen sei, auch die Spezialisierung habe ihre Gefahren.

Als letzter Redner in der Aussprache betonte Maschke, daß der Erfolg der Jugendarbeit nicht nur von den Veranstaltungen, sondern auch von der Grundstimmung im Funktionärkörper abhängt, die auf die Masse der Jugendlichen ihre Wirkungen ausübe. Selbstverständlich sei eine Zweitteilung der Erziehungsaufgaben, in solche, die sich nur an das Gefühl, oder solche, die sich nur an den Verstand wenden, unmöglich. Es sei aber wichtig, daran zu erinnern, daß sich auch außerhalb der Arbeiterjugendbewegung sehr wertvolle Kräfte entwickeln. Der Gedanke, daß die Arbeiterbewegung stets im Zentrum des jugendlichen Interesses stehen müsse, sei einseitig; er könne unter Umständen eine Vergewaltigung starker natürlicher Interessenrichtungen bedeuten. Vor allem sei es im Interesse des Wachstums der Bewegung wie der gesellschaftlichen Entwicklung notwendig, auch den jungen Menschen Verständnis entgegenzubringen und Förderung zuteil werden zu lassen, die ihr Zentrum in der beruflichen Fortbildung sehen.

In seinem Schlußwort betonte Marquardt, daß er mit voller Absicht die Frage der nüchternen, geistigen Schulung in den Vordergrund gestellt habe. Seine Forderung, daß die Jugend vor konkrete Aufgaben gestellt werden müsse, sei auch

von der Opposition bestätigt worden. „Den“ neuen Menschen könne keine Schule und keine Erziehungsarbeit schaffen, er müsse aus der Gesamtpolitik der Arbeiterbewegung, aus der Aktivität, die sie freisetzt, aus der Änderung der sozialen Verhältnisse, nicht zuletzt aus der Änderung des Schulsystems hervorgehen. Selbstverständlich sei eine bloß intellektuelle Schulung nicht ausreichend, aber ihm sei gerade an den tüchtigsten Kräften in der Jugendbewegung aufgefallen, daß sie die allgemeine Erörterung philosophischer Probleme scharf ablehnen, daß sie von sich aus drängen, festumgrenzte Fragen des modernen sozialen und wirtschaftlichen Lebens, des modernen Rechtes zu behandeln, daß ihnen bei der Durcharbeitung solcher Fragen der geschichtliche Sinn der Arbeiterbewegung greifbar vor Augen trete.

Maschke dankte dem Genossen Marquardt für seine Ausführungen, die ohne Zweifel die Zuhörer zwangen, ihrer eigenen Arbeit kritisch und illusionslos gegenüberzutreten. Die lebendige Aussprache war der beste Beweis für das Gelingen der Absicht, gemeinsam die Grundeinstellung bei unserer Erziehungsarbeit einer ernsten Betrachtung zu unterziehen.

Über die Förderung der Jugendarbeit durch öffentliche Körperschaften sprach Fritz Wildung, Geschäftsführer der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege. Sein Referat gab eine umfassende Übersicht von der Tätigkeit der staatlichen und kommunalen Stellen, die sich mit der Förderung der Jugendpflege befassen. In der Vertretung der Interessen der sozialistischen Jugendverbände gegenüber den amtlichen Stellen sei enges Zusammenwirken notwendig. In der Aussprache wurde diese Forderung allseitig unterstützt.

Die besondere Zusammenkunft der gewerkschaftlichen Jugendleiter am 24. September befaßte sich in der Hauptsache mit der Tätigkeit der Landesjugendämter und der Mitwirkung der Gewerkschaften in diesen. Betont wurde, daß zunächst der Mitarbeiter in den örtlichen Jugendämtern größere Aufmerksamkeit gewidmet werden müsse. Einheitliche Richtlinien für das Vorgehen bei den Neuwahlen zu den Landesjugendämtern seien nicht möglich. Auf alle Fälle ist in enger Verbindung mit der Arbeiterwohlfahrt dafür zu sorgen, daß die sozialistische Arbeiterschaft in den Landesjugendämtern eine ausreichende Vertretung findet.

Die Behandlung der weiter auf der Tagesordnung stehenden Fragen der Erholungsfürsorge für Jugendliche wurde mit einer Besichtigung des sächsischen Jugenderholungsheimes Offendorf verbunden. Über dieses neue Arbeitsgebiet der Jugendwohlfahrt wird in einem besonderen Artikel berichtet werden.

Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes.

Das Jugendsekretariat des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat soeben in der Serie „Material für die Jugendleiter der Gewerkschaften“ ein neues Heft unter obigem Titel herausgegeben.

Das Berufsausbildungsgesetz ist nach jahrelangen Vorarbeiten kürzlich dem Reichstag vorgelegt worden und wird voraussichtlich in den kommenden Monaten im Reichstag zur Beratung kommen. Dem großen Kreis der Interessenten wird es deshalb willkommen sein, in einer handlichen, übersichtlichen Ausgabe den Wortlaut des Gesetzentwurfes zur Verfügung zu haben. Die Entstehungsgeschichte des Entwurfs, der auf die gewerkschaftlichen Forderungen zur Neuregelung des Lehrlingswesens zurückgeht, ist in einem Einführungskapitel behandelt worden. In knapper und übersichtlicher Weise wird die Stellung der Gewerkschaften zum Berufsausbildungsgesetz zur Darstellung gebracht. Neben der Anerkennung der erheblichen Verbesserungen, die die gegenwärtige gesetzliche Regelung des Lehrlingswesens erhalten soll, kommt aber auch die Kritik an den schwachen Punkten des Gesetzes zum Ausdruck. Es handelt sich hierbei besonders um die Fragen der Durchführung des Gesetzes und der Stellung, die die tarifliche Regelung von Lehrlingsfragen in Zukunft einnehmen soll.

Zur Durchführung des kommenden Berufsausbildungsgesetzes wird ein großer Kreis ehrenamtlich tätiger Funktionäre als Vertreter der Arbeiterschaft benötigt werden. Es ist deshalb wünschenswert und notwendig, daß schon während der Beratungen des Gesetzes alle diejenigen sich mit den neuen Tätigkeitsgebieten vertraut machen, die in erster Linie zur Übernahme der neuen Aufgaben berufen sein werden.

Die Schrift sollte deshalb bei allen Jugendleitern, Mitarbeitern in der Jugendwohlfahrt, im Berufsschulwesen u. a. ernste Beachtung finden.

LITERATUR UND KUNST

Jack London.

Von Max Barthel.

Die Jack-London-Volksausgabe ist bei der Büchergilde Gutenberg erschienen.

*Manchmal geht einer der grauen Masse voraus
Und sprengt die Ketten der ewigen Brothaft.
Er geht aus dem Werk, dem Hunger, dem Hauss,
Verkündet allen unsterbliche Botschaft:
Graue Kolonne!
Es leuchtet die Sonne!
Vorwärts! Marschier!*

*London ist der Name einer gewaltigen Stadt,
Die sich den Erdball kühl unterjochte!
Aber ein Mann denselben Namen hat,
Der mit beiden Fäusten gegen Versklavung pochte:
Graue Kolonne!
Es leuchtet die Sonne!
Vorwärts! Marschier!*

*Und London, der Mann, der Dichter, der Tramp,
Ist selber die Straßen des Elends gezogen,
Er schlief an den Wegen, im Park und im Camp,
Und flüsterte Nachts unterm Brückenbogen:
Graue Kolonne!
Es leuchtet die Sonne!
Vorwärts! Marschier!*

*Alaska, die Südsee, Europa, das glühende Meer,
Die Jagd nach dem Gold, nach dämmern Perlen!
Der ewige Aufstand, Prometheus Wiederkehr
In geschandenen Neger und vagabundierenden Kerlen!
Graue Kolonne!
Es leuchtet die Sonne!
Vorwärts! Marschier!*

*Jack London geht durch die Länder und schreit:
Erobert das Neuland! Entzieht euch dem Allen!
Seid tapfer und mutig! Dann wird sich zur Zeit
In strahlender Freiheit das Dasein gestalten!
Graue Kolonne!
Es leuchtet die Sonne!
Vorwärts! Marschier!*

Der Mann mit dem Messer.

Von Max Barthel.

Vor dem Pantheon in Paris, in dem die Franzosen ihre berühmten Toten begraben, stand ein Mann. Die Kleider hingen in Fetzen um seinen Leib. Aus dem braunen Gesicht blitzten entschlossene Augen. Lange stand der Fremde, der ungefähr dreißig Jahre alt war, vor jener Halle des Ruhmes und bewegte lautlos die Lippen. Er hieß Emilio Labarandelli und war italienischer Flüchtling. Über ein Jahr hatte er in römischen Gefängnissen gesessen. Mit Hilfe guter Freunde gelang die Flucht. Endlich war er nach Paris gekommen.

„Verrückte Welt!“ dachte er nun, als er vor dem Pantheon stand. „Verrückte Welt! Für die Toten werden Paläste gebaut, und die Lebendigen müssen hungern. Unsinn, immer wieder der verdammte Unsinn! Der Lebendige hat recht und nicht der Tote. Darum geht es ja zuerst, um das tägliche Brot. Alles andere kommt später. Das tägliche Brot: das ist der größere Ruhm als die Unsterblichkeit.“

Über eine Woche war Labarandelli schon in Paris. In der ersten Nacht hatte er eine Katze gefangen und am schwachen Feuer unter einer Seinerbrücke gebraten. Unter dieser Brücke entsann er sich auch der vielen Vagabunden, die früher, als er noch Kind war, die Bergstadt seiner Heimat besucht hatten. „Selber Vagabund“, sagte er dann laut und startete in das schwarze, ziehende Wasser des Flusses. An den anderen Tagen lebte er von den Mitteldingsgrochen einiger Landleute und von den Abfällen der Markthalle. Aber das war ja kein Leben. Die Füße waren wie verbrannt, und den Kopf füllte jenes blinde Sausen, das einmal stark und dann wieder sterbensmüde machte.

Die Sonne stand hoch am Himmel, und über die breiten Boulevards rasten endlose Kolonnen glänzender Autos. Lässige Spaziergänger trieben vorbei. Der Fremde vor dem Pantheon wurde kaum beachtet. Auch in der großen Stadt Paris gibt es viele hungrige und zerlumpte Leute.

„Der Hund hat Zähne, der Löwe hat Tatzen“, dachte der Flüchtling weiter. „Aber ich, Labarandelli, ich habe ein spitzes Messer!“

Und als ob ihm die Berührung mit jenem Messer, das er unter seinen Lumpen trug, neue Kraft geben könnte, prüfte er jetzt seine Schneide und lächelte kühl. Er war noch lange nicht verloren.

„Der Hund frißt mit dem Maul, der Löwe schlägt mit den Tatzen die Beute nieder. Wir leben in einer Raubtierwelt. Ja, ja, und ich werde mir mit dem Messer mein Futter holen müssen“, spalteten seine Gedanken.

Da wurde sein Gesicht ganz hell. Er ließ das Pantheon, schnitt den ruhmvollen Toten eine Grimasse und wandte sich entschlossen einem der vielen Restaurants zu, die den Platz umsäumten und in denen die Bürger der Stadt Paris an den kleinen Tischen saßen und das Mittagmahl einnahmen.

Nun war es, als sei eine schwarze Wolke vor das Licht getreten, als der zerlumpte Mensch in das Restaurant kam und sich mit sicheren Schritten nach dem Hintergrund des Saales bewegte. Dort saßen neben vielen anderen Gästen die Bürgerin Germaine Brisson mit ihrem Mann beim Diner an einem kleinen, runden Marmortisch. Labarandelli griff mit rascher Hand zu, nahm das eben aufgetragene Fleisch von der Platte und begann gierig zu essen. Seine linke Hand hielt das große, spitze Messer.

Der Mann der Germaine Brisson hieß Pierre Brisson und hatte sich zuerst gesammelt. Er war Hauptmann im sechsten Linienregiment gewesen, hatte bei Verdun und an der Somme mitgekämpft und kannte keine Furcht. Dann griff er — es war derselbe blitzschnelle Griff, mit dem Labarandelli



das Fleisch gepackt hatte — den Mann mit dem Messer an die Kehle.

Nun hätte der ehemalige Hauptmann wissen müssen, trotzdem er für Tiere keine Liebe aufbringen konnte, daß man selbst den demütigsten Hund beim Fressen nicht stören darf, es sei denn, man wolle einen Biß in die Hand riskieren. Wie kann und soll sich ein halbverhungertes Mensch anders und besser wehren können als mit dem Messer, das er in der freien Hand hielt? Labarandelli konnte sich nach seinem Überfall unmöglich vorstellen. In der letzten Zeit sprach er überhaupt sehr wenig, und dann war er ja auch des Französischen nicht mächtig. Also: Labarandelli stellte sich nicht vor, höchstens als der Mann mit dem Messer. Er stach nach der Hand, die seine Kehle umklammerte.

Pierre Brisson schrie gellend auf, als das Blut aus seiner Wunde spritzte. Germaine Brisson schrie ebenfalls, und da konnten und durften die anderen Gäste, die in ihrem Mahl gestört wurden, unmöglich stillbleiben. Jetzt erst war ihnen der flüchtige Schatten, der an ihren Tischen vorübergehuscht war, lebendig geworden, lebendig und tödlich zugleich. Eine schwarze Welle des Schreckens brauste durch den früher so fröhlichen Raum. Auf ihrer weißen Kuppe stand das Entsetzen. Die Panik begann. Die Herren sprangen mit ihren Damen von den Stühlen. Wein wurde verschüttet. Gläser zerbrachen, Blumen stürzten hin, als habe sie der Sturmwind geknickt, und alles drängte sich schreiend nach dem Ausgang. Wie geschwinde Hunde eilten die Kellner von einem Tisch zum anderen, der Wirt kam vom Büffet her und wälzte sich schwerfällig durch das aufgewühlte Meer der Angst und ging auf

den zerlumpten Menschen zu, der stumm an dem verlassenen Tische stand, das geraubte Fleisch hinunterwürgte und nur sein Messer reden und blitzen ließ.

Als er genug gegessen hatte, sah er mit grellen Augen um sich, trank aus der umflochtenen Flasche hastig einige Schlucke roten Weines, wischte sich mit der rechten, freien Hand den Mund ab, nahm einen Fetzen weißen Brotes und bahnte sich dann, das Messer in der Linken, den Weg ins Freie. Da stellte sich ihm der Wirt entgegen. Als er den Flüchtling mit einer bärenhaften Umarmung erfassen wollte, bekam er einen Stich in die Hand. Da schrie er auf, wie früher der Pierre Brisson aufgeschrien hatte. Der Weg war frei. Aber nun tauchten plötzlich in der Tür, die auf die Straße führte, die Köpfe dreier Polizisten auf. Der Mann mit dem Messer wich zurück und verbarrikadierte sich hinter dem Büffet.

Wenn man mit einem Hunde redet, der eben vom Fraß kommt, kann man sehr oft ein widerwilliges Knurren hören. Wer sich aber einem Löwen in den Weg stellt, um dessen Maul noch das rote Blut trieft, dem ist ein Tatzengriff quer über die Brust so gut wie sicher. Wer will nun sagen, daß ein hungriger Mensch, den man vom vollen Tisch vertrieben hat, anders und besser ist als ein Löwe oder ein Hund? Nein, Labarandelli war nicht anders und nicht besser. Und nun polterte noch die Polizei heran, verjagte ihn vom Büffet und schlug jetzt an die Tür, hinter die er geflüchtet war. Diese Tür war bald eingeschlagen, und wieder bekam Labarandelli traurige Augen, als er sein Messer in die ausgestreckten Hände der Polizisten tanzen lassen mußte.

Das Fleisch, das er vom Tisch der Germaine Brisson genommen hatte, war vom Schenkel eines jungen Kalbes gewesen, das einmal kälberfroh über grüne Weiden gehüpft und von der Freude ums Dasein erfüllt war. Auch der hungrige, gehetzte Mensch war einmal kinderfroh über die Berge und durch weiße Narzissenfelder gesprungen und hatte niemals daran gedacht, auch damals nicht, als er im römischen Gefängnis saß, daß er an einem Bissen Fleisch sterben sollte. Als aber die Polizisten die blutenden Hände zurückzogen und mit jähem Griff nach den Pistolen faßten — Labarandelli trotz der Dunkelheit diesen Tatzengriff —, da sprang er auf und lief um sein Leben. Sein Herz raste. Die Flucht war das Leben. Der Stillstand hieß Tod. Er lief den schmalen Korridor entlang. Als er die helle, dampferfüllte Küche erreichte und auf den offenen Feuern die vielen Braten brutzeln sah und mit weiten Nüstern den Rauch der Schlichter einsog und die Tür zum Garten und zum Leben weit offen schien: im gleichen Augenblick feuerte die Polizei. Und ein Schuß traf den Mann, der in der aufregenden Viertelstunde kein einziges Wort gesprochen hatte, mitten in den Kopf.

Labarandelli hatte keine Geheimnisse mehr zu wahren. Jetzt konnte er reden, jetzt durfte er schreien. Und als er auf den kühlen Kachelboden der Küche hinstürzte und das Blut bitter im Munde aufquellen fühlte, da nahm er die letzte Kraft zusammen, brüllte: „Maledetto!“ und verstummte für immer.

Was aber „vermaledeit“ sein sollte, das Pantheon, die Germaine Brisson, die Polizei, Italien, Paris oder die ganze Welt, das konnte jeder der nachgeeilten kleinen Bürger für sich selbst entnehmen. — Labarandelli, der Mann mit dem Messer, war tot.

(Büchergilde.)

Vom Büchertisch.

Nur Fleisch. Von Jack London. Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61, Dreibundstraße 5. Jeder Kollege kann Mitglied der Büchergilde werden. Nur beste Bücher!

Der zwanzigste Band der Jack-London-Volksausgabe der Büchergilde Gutenberg ist erschienen: „Nur Fleisch“, ein Erzählwerk, aus denen das ganze vielseitige Wesen Jack Londons deutlich hervortritt. Wir fahren mit ihm um Kap Horn und erleben die von der unerbittlichen Natur diktierte Gräueltat eines Schiffers, der seinen Kurs innehält, auch wenn es über Leichen geht; wir werden von einem Taifun vor der japanischen Küste hergestrieben auf einem Wrack auf dem wüstenhaften Atlantik. Aus der Welt und dem Grauen des Ozeans führt uns der Dichter in die Enge des proletarischen Daseins, in die Hölle der Kinderarbeit, in die Spelunken amerikanischer Großstädte, und das Dasein ist hier nicht weniger mörderisch als die entsetzlichen Elemente. In einer Novelle klagt Jack London die Zivilisation an, die unschuldige Eingeborene auf Tahiti in den Kerker wirft und ermordet. Aber er lacht auch — ein sonniges Gelächern in der koreanischen Groteske „Eine Nase für den König“ und ein tolles Lachen in der Novelle „Dein Traum“, in der er einen Generalstreik der Arbeiter von Chicago vom Standpunkt eines Reichen beschreibt, mit wahnwitzigen Überreibungen, die an eine moderne amerikanische Filmgroteske erinnern. Die letzte Erzählung „Das Feuer im Schnee“ vermittelt das stärkste Erlebnis. Es geschieht weiter nichts, als daß ein Mann erfriert. Aber noch nie zuvor wurde das mit solchen realistischen Details, mit so feiner Psychologie erzählt. Der Eindruck ist erschütternd und nachhaltig.